

Das zarte Pflänzchen „Geldwende“

Beim Umbau des Geldsystems stehen wir erst am Anfang

Seit einigen Jahren wird versucht, das an anderer Stelle sehr fruchtbare Konzept der „Wende“ auch auf geldpolitische Aspekte anzuwenden. Doch wie müsste eine Geldwende aussehen, die den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung entspricht?

Von Reinhard Loske

Eine wachsende und oft von studentischen Initiativen getragene Gruppe von ökonomisch Interessierten kritisiert, dass die ökonomische Bildung an Schulen und Hochschulen zur geistigen Monokultur geworden sei, in der wirklichkeitsferne Konstrukte der neoklassischen Ökonomie wie der Homo oeconomicus dominieren, während ökonomische Alltagsfragen des realen Lebens weitgehend unbeachtet blieben [1]. Zu Recht wird etwa die vorherrschende Annahme moniert, das Geld sei neutral, liege bloß wie ein Schleier über den realwirtschaftlichen Transaktionen, ohne diese aber im Kern und dauerhaft zu beeinflussen [2].

Man muss nicht Marxist („Geld heckt Geld“) oder Anhänger von Silvio Gesells Freiwirtschaftslehre („Geld als Hortungsmittel“) sein, um zu erkennen, dass das gängige Lehrbuchwissen die Realität nicht beschreibt und es unmöglich macht, die tatsächlichen Bezüge zwischen Geldsystem, Realwirtschaft und Natursystem adäquat zu erfassen und zu bearbeiten. Die Forderung kann deshalb nur lauten: Durch eine pluralistische Darstellung verschiedener Zugänge zu Fragen des Geldes, seiner Geschichte und seiner Philosophie (Simmel 1900) in schulischer und universitärer Ausbildung muss das allgemeine Wissen ums Geld erhöht werden. Nur so ist sicherzustellen, dass Geldfragen für die Öffentlichkeit kein Buch mit sieben Siegeln bleiben und sich nicht länger einer demokratischen Befassung entziehen können.

Das Geldsystem als Wachstumstreiber?

In der Nachhaltigkeitsdebatte spielt seit Langem die Frage eine Rolle, inwieweit sich Wirtschaftswachstum und ökologische Ziele antagonistisch zueinander verhalten. Es stellt sich hier vor allem die Frage, inwieweit unser ökonomisches System einem Wachstumszwang unterliegt. Neben dem Streben des Staates und der Sozialkassen nach hinreichend steigender

Einnahmenerzielung sowie den Erfordernissen des Arbeitsmarktes, der allein wegen der stetig zunehmenden Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt permanentes Wachstum brauche, um Jobs zu generieren, wird immer wieder auch das Geldsystem als Wachstumstreiber genannt. Geld wird nur geliehen und verliehen, so die These, wenn Aussicht auf monetäres und letztlich auch realwirtschaftliches Wachstum besteht (Binswanger 2006). Die Quintessenz dieser Sichtweise: Wenn kein Wachstum mehr erwartet wird, kommt der Kreditkreislauf zum Erliegen, für ein Kreditgeldsystem wie das unsere ein tödlicher Kollaps.

Die These, dass das Geldsystem ein starker Wachstumstreiber ist, der im Ergebnis zu nicht nachhaltiger Entwicklung beiträgt, wird in jüngerer Zeit aber auch infrage gestellt, und zwar durchaus auch von ökologisch motivierten Autoren. Forschungsanstrengungen an der Schnittstelle von Geldsystem, Realwirtschaft und Natursystem müssen hier in Zukunft vertiefte Erkenntnisse hervorbringen.

Vollgeldreform: „Geldschöpfung aus dem Nichts“ beenden?

Wer der Ansicht ist, Geldmengenwachstum übe zugleich einen starken Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft (und damit auf deren Ressourcenverbrauch) aus, der muss sich naturgemäß mit der Geldschöpfung, also dem Inverkehrbringen von Geld, auseinandersetzen. Anders als die meisten Menschen glauben, ist es eben nicht so, dass Geld vor allem von den Notenbanken in Umlauf gebracht wird. Die Schöpfung des Geldes erfolgt heute ganz überwiegend über Buchgeld bzw. Giralgeld, das über die Kreditvergabe von Geschäftsbanken an ihre Kunden bereitgestellt wird. Mit der Gutschrift der Kreditsumme auf dem Sichtkonto ist also quasi aus dem Nichts Geld geschöpft worden. Nur ein kleiner Teil dieses Giralgeldes (im Schnitt weniger als 5 Prozent) muss von den Banken bei der Zentralbank in Form einer Mindestreserve real hinterlegt werden. Echte Geldmengensteuerung ist so kaum noch möglich.

Einen Hauptstrom des alternativen Gelddiskurses bildet derzeit die Debatte über die Umgestaltung der Geldschöpfung. Die Protagonisten der sogenannten Vollgeldreform plädieren dafür, die Geldschöpfung wieder in die Hand der Notenbanken zu geben, und führen hierfür eine Fülle von Argumenten an: die Bekämpfung von Inflationsgefahren, Überschuldungskrisen und Spekulationsblasen sowie die Erzielung von Einnahmen für die öffentlichen Haushalte durch die (dann wieder vollständig) vom Staat kontrollierte Geldschöpfung (Huber 2006).

Zwar werden ökologische Argumente von den Vollgeldbefürwortern kaum ins Feld geführt. Interessant ist dieser Ansatz aus einer Nachhaltigkeitsperspektive aber dennoch, weil er als explizite Ziele die Wiederherstellung staatlicher Handlungs- und Steuerungsfähigkeit sowie die Gemeinwohlorientierung hat.

Geldströme umlenken: Grüne Geldanlagen und ethisches Banking

Weniger grundsätzlich als die Fragen nach Geldschleier, monetärem Wachstumszwang und Geldschöpfung, dafür in der Realität einseitigen aber wesentlich wirksamer, sind die verschiedenen Diskurse und Aktivitäten zur Umlenkung von Geldströmen in nachhaltige Zielkorridore, etwa in erneuerbare Energien und Energieeinsparung, ökologischen Landbau, ressourcenschonende Verfahren und Produkte, Gesundheitsförderung, soziale, kulturelle und Bildungsprojekte.

Hierzu gehören das ethische Banking oder „Social Banking“, die grünen Geldanlagen und auch das Divestment, also das Herausziehen von investiertem Kapital aus ökologisch wie sozial fragwürdigen Geldanlagen.

In allen genannten Bereichen sind in den letzten Jahren durchaus Erfolge zu verzeichnen gewesen. 2013 erklärte die DZ Bank, die Dachorganisation von 900 Volks- und Raiffeisenbanken, dass sie fortan auf Geschäfte mit der Nahrungsmittelspekulation verzichtet. 2016 verlautbarte der Allianz-Versicherungskonzern, sich (wie schon der norwegische Pensionsfonds) gänzlich aus Kohleinvestitionen zurückzuziehen. Die Ethikbanken, die sich strenge Anlagekriterien geben, erleben seit der Finanzkrise weltweit ein rasantes Wachstum, allerdings liegt ihr Marktanteil nach wie vor sehr niedrig.

Wer will, dass ethisches Banking und nachhaltige Investitionen aus der Nische in den Hauptstrom von Gesellschaft und Wirtschaft gelangen können, der muss einen entsprechenden regulatorischen Rahmen schaffen sowie ein entsprechendes „Geschäftsklima“ herstellen.

Regionalwährungen als Komplementärstrategie

In vielen Nachhaltigkeitskonzepten spielen Strategien der (Re-)Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen eine bedeutende Rolle. Regionalwährungen werden von ihren Protagonisten für geeignete Instrumente zur Stärkung regionaler Binnenökonomien gehalten (Kennedy/Lietar 2004), die auch positive sozialökologische Effekte wie die Stärkung regionaler Produktions- und Verantwortungskreisläufe, verringerte Transportbedarfe und eine verbesserte Resilienz der betreffenden Region zur Folge haben können. Dabei soll das Regionalgeld die gesetzlichen Zahlungsmittel nicht ersetzen, sondern als Komplementärwährung ergänzen.

International hat in den letzten Jahren vor allem das „Bristol Pound“ von sich reden gemacht, das vor Ort in vielen Ge-

schäften und von vielen Vereinen als Zahlungsmittel akzeptiert wird. Selbst die Gemeindesteuer („Council Tax“) kann in Bristol Pound beglichen werden, was zusätzlich akzeptanzfördernd wirkt.

Zur Wahrheit gehört freilich, dass Regionalwährungen einseitigen ein absolutes Nischenphänomen sind. Sie gehören gemeinsam mit Tauschringen, sozialen Sharing-Aktivitäten und Prosumenten-Netzwerken zu Elementen einer kooperativen Ökonomie, die große Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung bietet, aber ohne politische Förderung ein Nischenphänomen bleiben wird (Loske 2014).

Fazit

Vergleicht man die ersten Versuche, eine „Geldwende“ zu entwickeln, mit den „reifen“ Wenden wie der Energiewende oder der Agrarwende, so muss wohl festgestellt werden, dass noch viel konzeptionelle Arbeit erforderlich ist. Eher theoretische Debatten stehen relativ verbindungslos neben praktischen Ansätzen. Ein stimmiges Gesamtkonzept für eine Geldwende gibt es bislang nicht, wohl aber den Konsens, dass Geld ein soziales Gestaltungsmittel ist, mit dem wünschenswerte gesellschaftliche Entwicklungen wie die Nachhaltigkeit befördert werden können. Darauf lässt sich aufbauen.

Anmerkungen

- [1] Siehe für einen Überblick: <https://www.plurale-oekonomik.de/home/>
 [2] 2014 und 2016 hat die GLS Bank Stiftung mit der Universität Witten/Herdecke zwei große „Geldgipfel“ veranstaltet, auf denen die verschiedenen alternativ-ökonomischen und nachhaltigkeitsorientierten Sichtweisen auf die Geldfrage ins Gespräch miteinander gebracht wurden. Eine Dokumentation der beiden „Geldgipfel“ findet sich im Internet unter <http://www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel-2014/> bzw. unter <http://www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel-2016/>. Einige dieser Diskurse werden in diesem Artikel umrissen, wobei aktuelle geldbezogene Fragen wie digitale Währungen, Bargeldabschaffung, Fintechs oder Euro- bzw. Staatsschuldenkrise nicht behandelt werden.

Literatur

- Simmel, G. (1900): Philosophie des Geldes. Duncker & Humblot, Leipzig.
 Binswanger, H. C. (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Metropolis, Marburg.
 Huber, J. (2010): Monetäre Modernisierung. Die Zukunft der Geldordnung. Metropolis, Marburg.
 Kennedy, M./Lietar, B. (2004): Regionalwährungen. Riemann, München.
 Loske, R. (2014): Neue Formen kooperativen Wirtschaftens als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. In: Leviathan 42/3: 463-485.

AUTOR + KONTAKT

Reinhard Loske ist Professor für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke und Bankkaufmann.

Dr. Reinhard Loske, Universität Witten/Herdecke,
 Alfred-Herrhausen-Str. 50, 58448 Witten.
 E-Mail: reinhard.loske@uni-wh.de

